Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9067**

17. Wahlperiode 21. 03. 2012

Antrag

der Abgeordneten Harald Weinberg, Dr. Martina Bunge, Diana Golze, Matthias W. Birkwald, Heidrun Dittrich, Klaus Ernst, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Cornelia Möhring, Yvonne Ploetz, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Kathrin Vogler, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Zuzahlungen für Patientinnen und Patienten jetzt abschaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben 2004 Zuzahlungen neu eingeführt oder deutlich erhöht – so z. B. zu Arzneimitteln oder beim Krankenhausaufenthalt. Zuzahlungen sind zutiefst unsozial. Sie werden ausschließlich von Patientinnen und Patienten entrichtet und treffen Menschen mit geringem Einkommen besonders hart.

Die von den Befürworterinnen und Befürwortern der Zuzahlungen angestrebte Steuerungswirkung kann und darf es nicht geben. Die Nachfrage nach medizinisch notwendigen Maßnahmen wird nicht von den Patientinnen und Patienten gesteuert, sondern hängt von der ärztlichen Verordnung ab. Im Ergebnis werden durch Zuzahlungen lediglich Kosten vom Solidarsystem zu den Patientinnen und Patienten verschoben. Die Arbeitgeber werden einseitig entlastet. Da die Kosten bei der Inanspruchnahme von Leistungen anfallen, nehmen vor allem Geringverdienende notwendige Gesundheitsleistungen nicht in Anspruch. Dies führt zur Zwei-Klassen-Medizin und zur Untergrabung des Solidarprinzips.

Der Gesundheitsfonds weist für das Jahr 2011 einen Überschuss von 5,3 Mrd. Euro aus. Die Abschaffung der Zuzahlungen ist damit zumindest für 2012 gegenfinanziert. Langfristig ist für eine gerechte und stabile Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung einzuführen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Abschaffung sämtlicher Zuzahlungen in der gesetzlichen Krankenversicherung vorzulegen.

Berlin, den 21. März 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333